Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1993

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**118. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. März 1964**

**119. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 5. März 1964**

**120. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 6. März 1964**

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Beabsichtigt die Bundesregierung in absehbarer Zeit Konsequenzen aus dem Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes über das Funktionieren der Geschäftsverteilung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu ziehen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Beabsichtigt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen, der die freiwillige Sterilisation und Kastration regelt?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

III. 1. Abgeordneter **Seifriz**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten und ist sie gegebenenfalls bereit zu gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die die Bankinstitute, Sparkassen etc. verpflichtet werden, ihre Schalterräume — und damit vor allem das Schalterpersonal — durch modernste Alarmeinrichtungen, kugelsichere Glaswände etc. verstärkt zu sichern?

III. 2. Abgeordneter **Seifriz**

Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, das Versicherungsvertragsgesetz dahin gehend zu ändern, daß Versicherungsgesellschaften zu Leistungen an Banken im Falle eines Einbruchs bzw. eines Raubes nur dann verpflichtet sind, wenn die jeweilige Bank alle Sicherungsvorkehrungen getroffen hat?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Entspricht es den Tatsachen, daß die Frau Bundesgesundheitsministerin bei ihrem Besuch in Kairo vor zwei Jahren versprochen hat, für einen Feldversuch zur Eindämmung der Bilharzia die notwendige Ausrüstung, Experten und Techniker sowie die notwendigen Bekämpfungsmittel, Medikamente und Impfstoffe für den Verlauf von drei Jahren zur Verfügung zu stellen, die Bundesregierung danach aber erklärt hat, sie könne Techniker, Geräte und Fahrzeuge nur entsenden, wenn Ägypten mindestens zwei Drittel der Bekämpfungsmittel, Medikamente und Impfstoffe kaufe?

V. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

V. 1. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Wie beurteilt es die Bundesregierung, daß im Rahmen der deutschen Kulturarbeit im Ausland von einem deutschen Hochschullehrer die Wahrung der völkerrechtlichen Position des deutschen Staatsgebietes als „Phantom" bezeichnet wird (Professor Golo Mann in einer Veranstaltung des Goethe-Instituts in Rom)?

V. 2. Abgeordneter **Vogt**

Nach welchen Gesichtspunkten allgemeiner Art verleiht das Goethe-Institut die Goethe-Medaille?

V. 3. Abgeordneter **Vogt**

Treffen Agenturmeldungen zu, nach denen dem polnischen Wissenschaftler Syrocki die Goethe-Medaille in Silber — wie es nach „upi" wörtlich heißt — „wegen der Verdienste, die dieser sich in seinem Heimatland um die Pflege der deutschen Sprache und Kultur erworben hat", verliehen worden ist?

V. 4. Abgeordneter **Vogt**

Wie groß ist die Zahl deutscher Schulen und deutscher kultureller Einrichtungen in Polen und in den von Polen besetzten deutschen Ostgebieten?

V. 5. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über eine Fortsetzung kultureller Beziehungen zu der UdSSR nach Beendigung des in dem bisherigen Kulturabkommen enthaltenen Programms?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Denkschrift zur Deutschland- und Berlin-Frage vom 21. Februar 1962 an die Sowjetunion und den Bericht des Abgeordneten Jaksch vom 31. Mai 1961 — Drucksache 2740 — über das Verhältnis der Bundesregierung zu den osteuropäischen Staaten so zu verbreiten, daß alle Reprä-

sentanten des geistigen und öffentlichen Lebens der Bundesrepublik bei Erklärungen zu außenpolitischen Fragen, insbesondere im Ausland, wo Redner aus der Bundesrepublik als Repräsentanten des ganzen Volkes angesehen werden, den gemeinsamen Standpunkt der Bundesregierung und aller Parteien des Bundestages in den Fragen der Wiedervereinigung und der Friedensgestaltung kennen und berücksichtigen können?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung über die notwendige Anpassung der Beamtenbesoldung in diesem Jahr, nachdem der Bundesinnenminister in der Öffentlichkeit mehrmals eine schnelle Überprüfung zugesagt hat?

VI. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Kann davon ausgegangen werden, daß sich die Bundesregierung der Auffassung der SPD angeschlossen hat, die Ortsklasse B und die Tarifklasse IV beim Ortszuschlag sei nicht mehr zeitgemäß, so daß damit gerechnet werden kann, daß beides in diesem Jahr noch beseitigt wird?

VI. 3. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Hält die Bundesregierung es nicht für angebracht, den Ehrensold zu erhöhen, der für Träger höchster deutscher Kriegsauszeichnungen des ersten Weltkrieges seit dem 1. Oktober 1956 unverändert in Höhe von 25 DM gezahlt wird?

VI. 4. Abgeordneter **Rademacher**

Unter Hinweis auf die lebensgefährliche Besteigung der Eiger-Nordwand frage ich die Bundesregierung, ob es gesetzliche Möglichkeiten gibt, in Zukunft Tageszeitungen, illustrierten Zeitschriften und sonstigen Nachrichtenmitteln den Abschluß von sogenannten Verträgen — ausgestattet mit hohen Erfolgsprämien — zu verbieten.

VI. 5. Abgeordneter **Flämig**

Hält die Bundesregierung ein gesetzliches Verbot des Mitführens von Stichwaffen — gegebenenfalls einer bestimmten Größe — angesichts der großen Zahl von Delikten, die in den letzten Jahren unter Verwendung solcher Waffen begangen worden sind, für erforderlich?

VI. 6. Abgeordneter **Flämig**

Trifft es zu, daß in Italien der Erwerb feststehender Messer von den Behörden erschwert wird, indem man für ihren Kauf eine Genehmigung der zuständigen Polizeipräfektur haben muß, die in bestimmten Abständen zu erneuern ist?

VI. 7. Abgeordneter **Weigl**	Trifft die Aussage eines Gewährsmannes des Oberbürgermeisters der Stadt Weiden zu, wonach der Grenzübergang Waidhaus (Oberpfalz) ab 1964 teilweise, ab 1965 völlig gesperrt werden soll?
VI. 8. Abgeordneter **Fritsch**	Hat die CSSR bereits Verhandlungen über die Öffnung der Grenze bei Furth im Wald, Eisenstein und Haidmühle angeboten?
VI. 9. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**	Haben die Vertreter der Bundesregierung im Stiftungsrat der Stiftung „Preussischer Kulturbesitz" alles getan, um die verdienstvolle und für Berlin ganz unersetzliche Tätigkeit des Generaldirektors der staatlichen Museen, Professor Dr. Reidemeister, bis zum 68. Lebensjahr dem Berliner Kulturleben zu erhalten?
VI. 10. Abgeordneter **Günther**	Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob in den gesetzlichen Bestimmungen und den dienstlichen Anordnungen für die vollziehende Gewalt des Bundes die Achtung vor der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens einen entsprechenden Niederschlag findet, wie er sich aus Artikel 2 Abs. 2 und Artikel 102 GG ableiten läßt?
VI. 11. Abgeordneter **Günther**	Hat die Bundesregierung Anstrengungen unternommen, um zu erreichen, daß der Gebrauch von Schußwaffen für Vollzugsbeamte des Bundes und der Länder nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt wird?
VI. 12. Abgeordneter **Peiter**	Für welchen Zeitpunkt ist eine Ergänzung des Heilbäderverzeichnisses des Bundes gemäß Nr. 6 der Beihilfevorschriften vom 17. März 1959 beabsichtigt?
VI. 13. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Ist die Bundesregierung bereit, durch die von ihr in den Stiftungsrat der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" entsandten Mitglieder sicherzustellen, daß Professor Dr. Reidemeister so lange wie möglich für den weiteren Wiederaufbau der Berliner staatlichen Museen als Generaldirektor zur Verfügung steht?
VI. 14. Abgeordneter **Jahn**	Wann wird die Bundesregierung in Ausführung des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1963 den Entwurf eines Zweiten Ausführungsgesetzes zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes vorlegen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII. 1. Abgeordneter **Reichmann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Heizöl in immer größerem Ausmaß als Dieselkraftstoff verwendet und der Fiskus damit um erhebliche Steuerbeträge geschädigt wird?

VII. 2.	Abgeordneter **Reichmann**	Welche Maßnahme beabsichtigt gegebenenfalls die Bundesregierung zu ergreifen, um den in Frage VII/1 geschilderten Mißbrauch zu verhindern?
VII. 3.	Abgeordneter **Maier (Mannheim)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß eine Rentenerhöhung aus der Sozialversicherung bei einer Wiedergutmachungsrente in Anrechnung gebracht wird?
VII. 4.	Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Wie weit sind die Vorarbeiten an dem im Erlaß des Bundesfinanzministers vom 13. September 1963 angekündigten Gesetz über den Zollgrenzdienst gediehen?
VII. 5.	Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Ist der Herr Bundesfinanzminister bereit, Beamte des Zollgrenzdienstes, soweit sie nicht im mittleren Innendienst der Zollverwaltung Verwendung finden können, an andere Verwaltungen freizugeben?
VII. 6.	Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**	Welche Erfahrungen wurden bisher bei Überwachung des Gesundheitszustandes der Beamten des Außendienstes gemacht?
VII. 7.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wann ist mit dem Abschluß des Doppelbesteuerungsabkommens mit Belgien zu rechnen?
VII. 8.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wird ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien die gegenwärtig bestehende Doppelbesteuerung bei belgischen Arbeitskräften, die nach Deutschland kommen, um im Grenzraum zu arbeiten, im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage vermeiden?
VII. 9.	Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wie wird ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien das Schachtelprivileg im Verhältnis zu Belgien regeln?
VII. 10.	Abgeordneter **Günther**	Hält die Bundesregierung die Anwendung staatlicher Gewalt in der Form, wie sie in Lichtenbusch bei Aachen zum Ausdruck kam, wo ein Zollbeamter am 22. Februar 1964 einen flüchtenden Schmuggler erschoß, für ein rechtmäßiges und zweckmäßiges Mittel?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

VIII. 1.	Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**	Wann ist mit dem Baubeginn der Straße zu rechnen, die im Zuge der Errichtung einer Truppenunterkunft in Kellinghusen als Zubringerstraße von der B 206 und der L I. O 123 geplant ist?
VIII. 2.	Abgeordneter **Dr. Knorr**	Werden beim Bau von Panzern und Kriegsschiffen innerhalb technisch sinnvoller Grenzen überprüfbare Maßnahmen zum Strahlen-

schutz des Personals im Falle eines gegnerischen Einsatzes von Atomwaffen getroffen, die über die klassische Panzerung hinausgehen?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Knorr**

Falls solche, in Frage VIII/2 erwähnten Maßnahmen nicht getroffen wurden und entsprechende Einrichtungen zur Überprüfung nicht vorhanden sind, was gedenkt die Bundesregierung zu tun?

VIII. 4. Abgeordneter **Seifriz**

Hält das Bundesverteidigungsministerium seine in der Presse veröffentlichte Auffassung aufrecht, wonach die drei für die Bundesmarine vorgesehenen Raketenzerstörer wegen des mit dem Bau verbundenen finanziellen und technischen Risikos auf Grund der fehlenden Erfahrungen der deutschen Werften in den USA gekauft werden müßten?

VIII. 5. Abgeordneter **Weigl**

Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, Truppenfahrten, die sich als Dienstfahrten aus dem Fehlen eines Hallenbades am Garnisonsort ergeben — also z. B. die Durchführung des für die Ausbildung der Truppe eminent wichtigen Schwimmsports der in Weiden (Oberpfalz) stationierten Panzergrenadierbrigade 10 im Hallenschwimmbad Amberg gewährleisten —, generell von den verfügten Treibstoffeinsparungen auszunehmen?

VIII. 6. Abgeordneter **Weigl**

Wie oft hat der Oberbürgermeister der Stadt Weiden (Oberpfalz) in den Jahren 1957 bis einschließlich 1961 im Bundesverteidigungsministerium bzw. beim Wehrbereichskommando VI persönlich vorgesprochen, um das seit diesem Zeitpunkt im Gespräch befindliche Hallenbad-Gemeinschaftsprojekt Stadt Weiden/Bundeswehr voranzutreiben?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX. 1. Abgeordneter **Seibert**

Ist die Bundesregierung in der Lage, in Ergänzung zu den in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Januar 1960 gemachten Angaben über die Unfallbeteiligung von Lastkraftwagen Auskunft darüber zu erteilen, wie sich in der Zwischenzeit die Schadenshäufigkeit der einzelnen Fahrzeuggruppen — insbesondere der schweren Lastkraftwagen — entwickelt hat?

IX. 2. Abgeordneter **Seibert**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine erneute Erhöhung der Abmessungen und Gewichte für Nutzkraftfahrzeuge infolge einer Anpassung an die vom Europäischen Parlament befürworteten Maximalwerte im Hinblick auf die Sicherheit im Straßenverkehr und den Ausbauzustand des Straßennetzes in der Bundesrepublik nicht vertretbar wäre?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Trifft es zu, daß in Holland Vorschrift ist, Schmutzfänger an den Rädern von Kraftwagen anzubringen?

IX. 4. Abgeordneter **Biegler**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung das Projekt der Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges in Oppenheim (Rhein) im Zuge der B 9 fallengelassen hat, obwohl zu seiner Realisierung bereits ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden ist und die Fachbehörden in Kenntnis des mit diesem Übergang gegebenen Gefahrenpunktes sowie der durch ihn verursachten großen verkehrstechnischen Schwierigkeiten immer wieder auf eine Änderung gedrängt haben?

IX. 5. Abgeordneter **Biegler**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Verwirklichung des unter Frage IX/4 genannten Projektes nicht mehr gegeben seien, nachdem sie sich entschlossen hat, die Bundesstraße 9 rheinseitig neu zu bauen?

IX. 6. Abgeordneter **Biegler**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, auf Grund der äußerst stichhaltigen Argumente, die die Stadtverwaltung Oppenheim in einem Schreiben an den Bundesverkehrsminister unter dem 14. Februar 1964 anführt, es tatsächlich vertreten zu können, daß die Durchführung der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Oppenheim (Rhein) bis zum Bau der Umgehungsstraße hinausgezögert werden kann und eine alsbaldige Abhilfe in der Weise, wie sie das Planfeststellungsverfahren vorsieht, nicht dringend geboten erscheint?

IX. 7. Abgeordneter **Unertl**

Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Regelung dahin gehend zu treffen, daß im Interesse der Verkehrssicherheit alle Personenwagen in Zukunft an den beiden hinteren Kotflügeln sogenannte Schmutzfänger zu führen verpflichtet sind?

IX. 8. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Welche Konsequenzen zieht das Bundesverkehrsministerium aus der Tatsache, daß die für den Fremdenverkehr außerordentlich wichtige B 462 (Murgtalstraße) sich nicht nur in einem schlechten Allgemeinzustand befindet, sondern auch durch Steinschläge in zunehmendem Maße der Verkehr gefährdet ist?

IX. 9. Abgeordneter **Dr. Kübler**

Sieht die Bundesregierung die Pläne der Gesellschaft für Planung und Beratung in der internationalen Verkehrswissenschaft (Intertraffic) für eine automatische Schnellförderungsanlage auf der Strecke Stuttgart-Frankfurt-Ruhrgebiet als eine Möglichkeit zur Behebung des Verkehrschaos an?

IX. 10.	Abgeodrneter **Dr. Kübler**	Ist die Deutsche Bundesbahn an den in Frage IX/9 genannten Planungen, die auf Professor Dr. Bäseler, München, zurückgehen, beteiligt?
IX. 11.	Abgeordneter **Dr. Kübler**	Hat die Bundesregierung schon Vorstellungen darüber, wie evtl, die in Frage IX/9 genannten Planungen realisiert werden könnten?
IX. 12.	Abgeordnete **Frau Schanzenbach**	Ist die Bundesregierung bereit, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß die Schwarzwaldbahn in das Elektrifizierungsprogramm der Bundesbahn aufgenommen wird?
IX. 13.	Abgeordnete **Frau Schanzenbach**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, auf einer elektrifizierten Schwarzwaldbahn eine internationale Verbindung von Frankreich über den Schwarzwald, die Bodensee-Uferbahn und Innsbruck nach Salzburg und Wien einzurichten?
IX. 14.	Abgeordneter **Schwabe**	Hält die Bundesregierung die Errichtung von immer mehr und immer größeren Fernreklameeinrichtungen entlang der Bundesautobahn für wünschenswert oder vertretbar?
IX. 15.	Abgeordneter **Schwabe**	Hält die Bundesregierung die beabsichtigt herbeigeführte Ablenkung der Kraftfahrer durch Fernreklameeinrichtungen entlang der Bundesautobahn nicht für sehr gefährlich?
IX. 16.	Abgeordneter **Schwabe**	Sieht die Bundesregierung nicht eine zusätzlich gefährliche Ablenkung der Kraftfahrer zur Nachtzeit durch die Verwendung beweglicher Lichtreklamen im Blickfeld der Autobahnen?
IX. 17.	Abgeordneter **Bühler**	Beabsichtigt die Bundesregierung auf die Erfüllung des bereits etwa 112 Jahre alten Vertrages zu verzichten, wonach die Schweiz den Bau einer „zollfreien Straße" zwischen Lörrach und Weil am Rhein zu gestatten hat?
IX. 18.	Abgeordneter **Bühler**	Beabsichtigt die Bundesregierung anstelle der „zollfreien Straße" zwischen Lörrach und Weil am Rhein über Schweizer Gebiet einen Straßentunnel durch den Tüllinger Berg zu planen und zu erbauen?
IX. 19.	Abgeordneter **Bühler**	Wie hoch sind die jeweiligen Kosten für Straße und Tunnel durch den Tüllinger Berg?
IX. 20.	Abgeordneter **Härzschel**	Warum ist der beabsichtigte Ausbau der Umgehungsstraße B 316 bei Binzen (Kreis Lörrach) nur 2spurig geplant, obwohl die gegenwärtige und zu erwartende Verkehrsfrequenz sowie der Blick auf den geplanten Anschluß der Hochrheinschnellstraße eine Erweiterung auf 4 Fahrbahnen als dringend notwendig erscheinen läßt?

IX. 21. Abgeordneter **Härzschel**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Generalverkehrsplan der Stadt Lörrach — erstellt von einem bedeutenden Verkehrsexperten — einen 4spurigen Ausbau der B 316 bis Lörrach sowie der B 317 von Lörrach bis Schopfheim für notwendig erachtet?

IX. 22. Abgeordneter **Dr. Fritz (Ludwigshafen)**

Kann die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn und deren Anliegern erreichen, daß die dem Zuggelände zugekehrten Seiten der Städte und Betriebe freundlicher gestaltet werden, damit der Reisende, der mit der Eisenbahn die Bundesrepublik durchfährt, Deutschland nicht als Hinterhöfe, Schuttabladeplätze usw. kennenlernt?

IX. 23. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, zur Förderung des mittelständischen Verkehrsgewerbes den Ausbau des Autohofnetzes durch Zuschüsse für Grundstückserwerb und Platzanlage zu unterstützen?

IX. 24. Abgeordneter **Fritsch**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Ausbau der Bundesfernstraßen in Niederbayern aus Gründen der Strukturverbesserung, des Fremdenverkehrs und im Interesse der dortigen Industrie besonders vordringlich ist?

IX. 25. Abgeordneter **Fritsch**

Entsprechen die gegenwärtigen Planungsarbeiten an der Trassierung der Autobahn Regensburg—Passau den von Herrn Bundesverkehrsminister im Juli 1962 in Vilshofen gemachten Zusagen, den Ausbau im 3. Vierjahresplan vorzunehmen?

IX. 26. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist es richtig, daß in der SBZ abgelegte Fahrlehrerprüfungen in den Ländern der Bundesrepublik in unterschiedlicher Weise anerkannt bzw. nicht anerkannt werden?

IX. 27. Abgeordneter **Peiter**

Wann nimmt die geplante Buslinie auf der Aarstrecke zwischen Diez und Burgschwalbach ihren Betrieb auf?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

X. 1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit den praktischen Bedürfnissen und dem moralischen Ansehen eines großen Landes, wenn zahlreiche Staatsbürger und Unternehmen auf einen so elementar wichtigen Gegenstand des persönlichen und wirtschaftlichen Bedarfs, wie es der Telefonanschluß darstellt, 2 bis 3 Jahre warten müssen?

X. 2. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt der Herr Bundespostminister den im „Düsseldorfer Handelsblatt" gemachten Vorschlag, den Nachfrageüberhang auf Telefonanschlüsse dadurch zu drosseln, daß die Neuanschlußgebühren von z. Z. 90 DM erhöht werden?

X. 3. Abgeordneter **Strohmayr**

Welche anderen als in Frage X./2. erwogenen Möglichkeiten sieht der Herr Bundespostminister, um von der hohen Zahl von 345 000 auf Telefonanschlüsse wartenden Firmen und Einzelpersonen herunterzukommen?

Bonn, den 28. Februar 1964